

Bewerbungsbedingungen der Stadt Hamm für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen nach der Unterschwellenvergabeordnung	UVgO
--	-------------

Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot einzureichen.

1. Allgemeines

- 1.1 Der Auftraggeber Stadt Hamm (AG) verfährt nach der „Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO)“.
- 1.2 Die Bestimmungen können im Internetportal www.vergabe.nrw.de eingesehen werden.
- 1.3 Das Vergabeverfahren wird elektronisch über den Vergabemarktplatz NRW (VMP) www.evergabe.nrw.de durchgeführt, sämtliche Informationen werden dort bereitgestellt.

2. Angebot

- 2.1 Für das Angebot sind die vom AG zur Verfügung gestellten Vordrucke zu verwenden.
- 2.2 Das Angebot muss vollständig sein; es muss die Preise und die geforderten Angaben, Erklärungen und Nachweise enthalten. Die Möglichkeit zu einer Nachforderung von Unterlagen im Sinne von § 41 UVgO bleibt unberührt.
- 2.3 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.
- 2.4 Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen (insbesondere Leistungsbeschreibung) sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebotes.
Verhandlungen gemäß § 12 Abs. 4 UVgO bleiben hiervon unberührt.
Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung des Angebots erforderlich erscheinen, sind diese dem Angebot auf besonderer Anlage beizufügen.
- 2.5 Wenn im Leistungsverzeichnis Angaben über Fabrikat- und Typenangaben gefordert werden, sind diese in die Leerzeile bzw. das Eintragungsfeld der jeweiligen Position einzutragen.
- 2.6 Alle Preise sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent anzugeben. Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze etc.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen.
- 2.7 Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einzelpreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.
- 2.8 Das Angebot von Skonto wird bei der Wertung nur dann berücksichtigt, wenn es sich auf alle Zahlungen erstreckt und eine Skontofrist von mindestens 14 Tagen (bei Schulen 21 Tage) eingeräumt wird. Hinsichtlich des Fristbeginns und der Leistung der Zahlung wird auf die Zusätzlichen Vertragsbedingungen der Stadt Hamm hingewiesen (ZVB-VOL). Dieser Absatz gilt nicht bei Bücherbestellungen mit Buchpreisbindung.
- 2.9 Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.
- 2.10 Muster und Proben müssen als zum Angebot gehörig gekennzeichnet sein. Sie gehen - ebenso wie Entwürfe und Ausarbeitungen - ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des AG über, soweit in den Vergabeunterlagen nichts Gegenteiliges festgelegt ist.
- 2.11 Für die Angebotserstellung wird keine Vergütung gewährt.
- 2.12 Die elektronische Angebotsabgabe ist (vorbehaltlich abweichender Angaben im konkreten Verfahren) durch Unterzeichnung in Textform nach § 126 b BGB im Bietertool des VMP sowie mit fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur möglich. Näheres zur Form der Einreichung kann dem Vordruck „Wichtige Hinweise zur Angebotsabgabe“ entnommen werden. Zur elektronischen Angebotsabgabe ist eine Registrierung auf dem Vergabemarktplatz NRW zwingend.
- 2.13 Die Angebotsfrist ist eine Ausschlussfrist und endet mit Ablauf des als Abgabetermin festgesetzten Tages bzw. der im Einzelfall angegebenen Uhrzeit. Diese Frist gilt auch für nachträgliche Berichtigungen und Änderungen des Angebotes, welche ebenfalls bis zum Ende der Angebotsfrist und in gleicher Form wie das Angebot einzureichen sind.
- 2.14 An dem Eröffnungstermin sind Bieter nicht zugelassen.
- 2.15 Bis zum Ablauf der Bindefrist ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

3. Nebenangebote

- 3.1 Nebenangebote können nur gewertet werden, wenn sie in der Bekanntmachung bzw. Angebotseinladung ausdrücklich zugelassen wurden.
- 3.2 Nebenangebote müssen auf einer besonderen Anlage gemacht und als solche deutlich gekennzeichnet sein. Die Anzahl der abgegebenen Nebenangebote ist an der im Angebotsvordruck bezeichneten Stelle aufzuführen.
- 3.3 Sind an Nebenangebote Mindestanforderungen gestellt, müssen diese erfüllt werden; andernfalls müssen Nebenangebote im Vergleich zur Leistungsbeschreibung gleichwertig sein. Die Erfüllung der Mindestanforderungen bzw. die Gleichwertigkeit ist mit Angebotsabgabe durch den Bieter nachzuweisen; ansonsten können Nebenangebote nicht berücksichtigt werden.
- 3.4 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist – soweit möglich – beizubehalten.
- 3.5 Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind. Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

4. Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

- 4.1 Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat der Bieter die Zentrale Submissionsstelle des AG unverzüglich vor Angebotsabgabe darauf hinzuweisen. Hierfür ist die Kommunikationsfunktion des VMP zu nutzen.
- 4.2 Erkennbare Verstöße gegen Vergabevorschriften in der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen müssen unverzüglich, spätestens bis zum Ablauf der Angebots-/Bewerbungsfrist gerügt werden.

5. Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen und wettbewerbsbeschränkende Absprachen

- 5.1 Miteinander verbundene Unternehmen, die in demselben Vergabeverfahren getrennte Angebote einreichen, sind verpflichtet, dem AG von sich aus ihre Verbindungen untereinander offenzulegen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und/oder rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Er hat ggf. mit zusätzlichen Informationen eine Prüfung des AG zu ermöglichen, ob Angebote tatsächlich eigenständig und unabhängig sind und mit dem Geheimhaltungsgrundsatz in Einklang stehen.

- 5.2 Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.
- 5.3 Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind gemäß § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verboten. Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 GWB freigestellt. Die Voraussetzungen ergeben sich aus §§ 2, 3 GWB. Eine entsprechende Erklärung ist ggf. mit dem Angebot abzugeben.

6. Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

- 6.1 Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen (Unterauftragnehmer) oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen (Eignungsleihe), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Kann das für die Erbringung bestimmter Leistungen vorgesehene Unternehmen, auf welches sich nicht zum Nachweis der Eignung berufen wird, zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe namentlich noch nicht benannt werden, muss die Benennung spätestens vor Zuschlagserteilung erfolgen (Angaben im Vordruck „Erklärung zu Unteraufträgen/Eignungsleihe“).
- 6.2 Der Bieter hat im Falle der Eignungsleihe nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen (Angaben im Vordruck „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“). Sofern Leistungen von anderen Unternehmen ausgeführt werden sollen, hat der Bieter erst nach besonderer Aufforderung zu einem vom AG bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen bei Erfüllung des Auftrags zur Verfügung stehen.
- 6.3 Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, sollen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen“ abzugeben.
- 6.4 Die vorzulegenden Nachweise und Erklärungen sind hinsichtlich der von Unterauftragnehmern zu erbringenden Teilleistungen vom Bieter beizubringen und mit dem Angebot vorzulegen, sofern in der Leistungsbeschreibung nicht anders geregelt.
- 6.5 Sofern ein Unterauftragnehmer das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllt (nur bei Eignungsleihe) oder bei ihm zwingende Ausschlussgründe nach § 31 UVgO i.V.m. § 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, so muss der Unterauftragnehmer durch den Bieter ersetzt werden. Sollten hingegen fakultative Ausschlussgründe nach § 31 UVgO i.V.m. § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vorliegen, behält sich der AG vor, dass dieses durch den Bieter innerhalb einer zu setzenden Frist ersetzt wird.
- 6.6 Der AG kann vorschreiben, dass alle oder bestimmte Aufgaben bei der Leistungserbringung unmittelbar vom Auftragnehmer selbst oder im Fall einer Bietergemeinschaft von einem Teilnehmer der Bietergemeinschaft ausgeführt werden müssen.

7. Bietergemeinschaften

- 7.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung (Vordruck) abzugeben,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem AG rechtverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.
- Bzgl. der Unterzeichnung der Erklärung wird auf den Vordruck „Wichtige Hinweise zur Angebotsabgabe“ verwiesen.
- 7.2 Bei Verhandlungsvergabe und bei Beschränkter Ausschreibung werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.
- 7.3 Für den Fall der Auftragserteilung kann der AG verlangen, dass eine Bietergemeinschaft eine bestimmte Rechtsform annimmt, soweit dies für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags erforderlich ist.
- 7.4 Die Gründe zur Bildung einer Bietergemeinschaft sind auf Anforderung darzulegen.

8. Bevorzugte Bieter

- 8.1 Sofern im Vergabeverfahren das Angebot einer anerkannten Werkstätte für Menschen mit Behinderungen und Blindenwerkstätten sowie von Inklusionsbetrieben (nachfolgend bevorzugte Bieter) ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines insofern nicht bevorzugten Bieters ist, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von den bevorzugten Bietern angebotene Preis mit einem Abschlag von 15 % berücksichtigt. Voraussetzung für die Berücksichtigung des Abschlags ist, dass die Herstellung der angebotenen Lieferungen zu einem wesentlichen Teil durch die bevorzugten Bieter erfolgt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Wertschöpfung durch ihre Beschäftigten mehr als 10 % des Nettowerts der zugekauften Waren beträgt.
- 8.2 Bieter, die als bevorzugte Bieter berücksichtigt werden wollen, müssen den Nachweis führen, dass sie die Voraussetzungen hierfür erfüllen. Wird der Nachweis nicht geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bieter behandelt.

9. Zusätze für ausländische Bewerber

- 9.1 Das Angebot ist in allen seinen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen. Werden fremdsprachige Nachweise oder Antragsunterlagen eingereicht, sind beglaubigte Übersetzungen vorzulegen. Die Kosten hierfür trägt ausschließlich der Bieter, Fehler in der Übersetzung muss er sich zurechnen lassen. Die Kommunikation mit dem AG ist in deutscher Sprache zu führen.
- 9.2 Ergänzend zu den Vergabeunterlagen gelten die deutschen Rechtsvorschriften.
- 9.3 Bewerber aus anderen EU-Mitgliedsstaaten haben die besonderen umsatzsteuerlichen Regelungen für den innergemeinschaftlichen Erwerb zu beachten.

10 Nicht berücksichtigte Angebote

- 10.1 Der AG unterrichtet jeden Bieter unverzüglich über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung oder die erfolgte Zuschlagserteilung, § 46 Abs. 1 S.1 UVgO.
- 10.2 Auf Antrag werden einem nicht berücksichtigten Bieter unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Antragseingang, die wesentlichen Gründe für die Ablehnung seines Angebotes, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebotes sowie der Name des erfolgreichen Bieters mitgeteilt, § 46 Abs. 1 S.3 UVgO.